



Debattenbeiträge zur Zukunft **EUROPAS**

Nr. 1 | 13. September 2021

DIE ZUKUNFTSKONFERENZ DER EU

Perspektiven für ein sozialeres und demokratischeres Europa?

Die EU hat Redebedarf. In Form der [„Konferenz zur Zukunft Europas“](#) hat die Kommission den EU-Bürgern*innen nun ein Diskussions- und Beteiligungsangebot gemacht. Mit einem öffentlichen Forum will sie „eine offene, inklusive und transparente Bürgerdebatte über zentrale Prioritäten und Herausforderungen der Europäischen Union“ führen. Aus Sicht der IG Metall liegen diese Prioritäten und Herausforderungen bei den folgenden Punkten:

- ◆ Ein soziales Europa, das die Beschäftigten Europas im Norden, Süden, Westen und Osten nicht gegeneinander ausspielt, sondern die Grundlage für ein solidarisches Miteinander sichert.
- ◆ Ein Europa, das Investitionen in moderne Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge und Qualifizierung der Beschäftigten ermöglicht und Investitionen nicht durch schädliche Schuldenregeln und Sparpolitik verhindert.
- ◆ Und nicht zuletzt ein Europa, das seine Verantwortung für die Beschäftigten in der ökologischen Transformation ernst nimmt, anstatt nur Klimaziele zu definieren, ohne die erforderlichen Rahmenbedingungen für einen gerechten Übergang zu definieren.

Steht das soziale und solidarische Europa nicht bereits vor der Tür?

Insbesondere die letzten beiden Jahrzehnte der EU waren geprägt von Sparpolitik und sozialpolitischer Deregulierung. Ein Höhepunkt bildete dabei die „Troika-Politik“, die in bis dato unvorstellbarer Weise Tarifautonomie und Sozialpolitik der südeuropäischen Mitgliedstaaten unter sich begrub. Dabei bildete die Troika Politik der EU nur die Spitze des Eisbergs. Eine [Studie](#) von

der Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament zeigt, dass die Mitgliedstaaten von der Kommission zwischen 2011 und 2018 50 Mal Anweisungen zur „Unterdrückung des Lohnwachstums“ erhalten haben und 38 Mal zum „Abbau der Beschäftigungssicherheit, des Kündigungsschutzes und des Rechts auf Tarifverhandlungen von Arbeitnehmern und Gewerkschaft“ aufgefordert wurden. Kritikwürdige Reformempfehlungen der EU-Kommission gibt es zwar nach wie vor, und doch erleben wir derzeit eine andere Tonlage in Europa.



„Das soziale Europa ist noch lange nicht Realität. Die EU muss jetzt unter Beweis stellen, dass sie nicht nur an der Vertiefung des Binnenmarktes interessiert ist, sondern auch einen verbesserten Rahmen für hohe soziale Standards und ein klares Programm zur Förderung von Tarifverträgen und Mitbestimmung vorlegt.“

Wolfgang Lemb

Noch vor zehn Jahren schwer vorstellbar, veröffentlichte die Kommission zuletzt einen bemerkenswerten [Richtlinienvorschlag „über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union“](#). Der Vorschlag in seiner gegenwärtigen Fassung enthält zielführende Maßnahmen zur Stärkung von Mindestlöhnen und Tarifverträgen, wie eine europäische Tariftreueklausel oder Sanktionen bei Union Busting.

Auch die Krisenpolitik der Europäischen Union im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise scheint nun ganz andere Akzente zu setzen, als noch in der Eurokrise des letzten Jahrzehnts. Einen wirklichen Sprung in Richtung gemeinschaftlich-solidarischer Schuldenhaftung hat die Europäische Union im Rahmen der Corona-Krisenpolitik mit dem 672 Milliarden Euro schweren [EU-Wiederaufbaufonds](#) gemacht. Der Aufbaufonds beinhaltet neben den Krediten auch 312,5 Milliarden Euro an Zuschüssen, die von den Mitgliedstaaten nicht zurückgezahlt werden müssen.

Ist das also der Pfadwechsel zum sozialen und solidarischen Europa, auf den die Gewerkschaften so lange gedrängt haben? Der Lackmустest dafür steht Europa erst noch bevor. Es gibt bereits erste politische Stimmen, die darauf drängen, dass sich die Europäischen Mitgliedstaaten auf einen radikalen Sparkurs begeben sollen. Die Europäischen Schuldenregeln sollen wieder greifen und verschärft werden, eine stärkere Aufsicht über die nationalen Haushalte eingeführt und Länder mit zu hohen Ausgaben und Schuldenständen bestraft werden. Die IG Metall lehnt solche Tendenzen klar ab. Das wäre gerade zu töricht; sowohl für die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise als auch für die Bewältigung der ökologischen Transformation. Der Anspruch der europäischen Gewerkschaften ist, dass die Transformation sozial, ökologisch und gerecht gelingen muss. Deshalb ist Europa auf höhere Investitionsausgaben der Mitgliedstaaten dringend angewiesen. Hinzu kommt, dass es in der EU nach wie vor ein Ungleichgewicht zwischen den starken Freiheiten von Unternehmen gibt, im Binnenmarkt zu agieren und den relativ dazu schwachen Möglichkeiten von Beschäftigten, ihre Rechte auf Mitbestimmung, Tarifbindung und Sozialstandards durchzusetzen. In einem wirklich sozialen Europa müssten soziale Rechte aber immer auch Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben.

Das soziale Europa ist noch lange nicht Realität. Die EU muss jetzt unter Beweis stellen, dass sie nicht nur an der Vertiefung des Binnenmarktes interessiert ist, sondern auch einen verbesserten Rahmen für hohe soziale Standards und ein klares Programm zur Förderung von Tarifverträgen und Mitbestimmung vorlegt. Verwehrt sich die EU den neoliberalen Kräften, die zurück zu einer zersetzenden Sparpolitik wollen, dann hat sie gute Chancen ihre Probleme und Krisen gemeinsam zu bewältigen. Das ist eine der zentralen Zukunftsfragen der EU und gehört damit ins Zentrum der Zukunftskonferenz.

Die Konferenz zur Zukunft der EU – ein ernstgemeintes Debattenangebot?

Die Zukunftskonferenz ist wichtig, darf aber nicht zu Illusionen führen. Eine Zukunftskonferenz in Form einer Plattformdebatte im Internet werden nicht dazu führen, dass die beschriebenen Herausforderungen im Sinne der Gewerkschaften umgesetzt werden. Zudem sind die öffentliche Beteiligung an der Zukunftskonferenz in Wahrheit überschaubar. Sie findet faktisch in der Öffentlichkeit nicht statt. Und die Gefahr besteht, dass diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich im Rahmen der Zukunftskonferenz doch engagieren, enttäuscht werden. Die wesentlichen Fragen, die über die Zukunftsfähigkeit der EU entscheiden werden, lassen sich nämlich nicht in einem virtuellen Debattenforum klären. Sie erfordern vielfach eine Änderung der europäischen Verträge. Und hierfür bedarf es entsprechender politischer Mehrheiten in allen Mitgliedstaaten der EU, die nur schwer

Warum bringen wir uns trotzdem gemeinsam mit DGB, EGB und mit industriAll Europe in die Zukunftskonferenz ein?

Die Schlussfolgerungen aus den Bürgerforen werden in Plenarversammlungen mit Vertreter*innen des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission sowie mit Bürgervertreter*innen in Forderungen umgemünzt, die dann von der französischen EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr diskutiert und umgesetzt werden sollen. Wir wollen, dass bei diesem Prozess die Stimme der Gewerkschaften nicht außen vor bleibt und wir von Anfang an mit am Verhandlungstisch sitzen, wenn es um Zukunftsfragen der EU geht.

Daher unterstützen wir die [Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes](#) auf der Diskussionsplattform, bringen uns in die Debatten in den Plenarversammlungen ein und werden gemeinsam mit unseren französischen Schwestergewerkschaften unsere Anforderungen an ein soziales, ökologisches und industriepolitisch starkes Europa für die französische EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr formulieren.

Die Debattenbeiträge im Rahmen dieser Reihe sollen die Grundlage dafür bilden, die Diskussionen um ein soziales Europa und damit ein „Europa mit Zukunft“ auch in der IG Metall voranzubringen. Aus diesem Grund freue ich mich auf die spannenden Beiträge unserer Autorinnen und Autoren in dieser Reihe.

Autor: Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

**Nächster Beitrag
am 20.9.: Thorben
Albrecht zum
Thema: Europas
Zukunft nach der
Bundestagswahl**